

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. D. 5 gep. Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 47.

Sonntag, den 22. November.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Klassenkämpfe.

Diejenigen, so da der Meinung sind, daß die Formen der heutigen Klassenkämpfe allmählich mildere werden und sich das Verständnis für die Arbeiterforderungen der Gegenwart auch in den Reihen des Unternehmertums immer mehr herausbilde, werden durch jeden Streik größeren Stils und durch Massenaussperrungen von Arbeitern in ihrer Ansicht stets von neuem ad absurdum geführt. Das gerade Gegenteil ist richtig. Die neueste Kampagne der Metallindustriellen in Berlin gegen ihre Arbeiterschaft, der Weberausstand in Armentières (Frankreich), der 13 000 Personen umfaßte, und, um in Deutschland zu bleiben: die Crimmitschauer Massenaussperrung von Webern und Spinnern, beweisen die Verschärfung der ökonomischen Kämpfe, wie sich auch die politischen Kämpfe zwischen den herrschenden und beherrschten Parteien keineswegs milder gestaltet haben, selbst nicht bei der letzten Reichstagswahl in diesem Sommer. Die Massenaussperrung in Crimmitschau war ein Brutalitätsakt von zirka 80 Fabrikantenfirmen in Antwort auf die seit 1898 unausgesetzte, Jahr für Jahr erneuert gestellte Forderung der Einführung des Zehnstundentages. Ueber die Berechtigung und die hohe Bedeutung dieser Forderung herrscht selbst in der Wissenschaft und unter Sozial- und Realpolitikern kein Streit mehr, überflüssig, an die Kämpfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Zentrum um den Zehnstundentag zu erinnern. Selbst die Crimmitschauer Fabrikanten bestreiten die Zulässigkeit und Berechtigung dieser Forderung ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen nicht, sie weigerten sich bloß, die einzigen und ersten zu sein, die den Zehnstundentag unter den zahlreichen Orten, wo die Textilindustrie dominiert, einzuführen. Sie schützten als Grund ihrer Weigerung ihre Konkurrenzunfähigkeit mit andern Textilorten vor — die bekannte, längst widerlegte Einrede — und sperrten ca. 7500 Arbeitern und Arbeiterinnen ihre Fabriken, um, wie sie erklärten, „Herren im eignen Hause“ bleiben zu können. Sie erwarteten, daß die Tausende der Not und Entbehrung Ueberantworteten nach 14 Tagen zu Kreuze frieden würden und — fanden sich getäuscht. Nach weiteren sieben Wochen, d. h. nach neun Wochen der Aussperrung ihrer Arbeiter, glaubten sie es nicht länger aushalten zu können und öffneten wiederum ihre Fabriken. Aber nun kam niemand. Und schon in die vierte Woche hinein heizen sie die Kessel umsonst und beleuchten mit elektrischem Licht ihre Fabriken; doch die Arbeiterinnen und Arbeiter kommen selbst auf an einzelne verteilte Geldprämien nicht, so daß zur Stunde nicht mehr als ca. 200 Streikbrecher, meist jugendlich männliche Arbeiter, in den etwa 80 Fabriken tätig sind. Daneben kommt ein Meister- und Kontorpersonal von ca. 300 Personen in Betracht.

Wenn aber keine Arbeitswilligen zur Arbeit erschienen, um zu der früheren 11stündigen Arbeitszeit zurückzukehren, so kam zur „Wilderei“ des Kampfes etwas anderes: 20 Gendarmen mit geladenem Gewehr!

Diese Gendarmen sollten angeblich die Arbeitswilligen schützen. Mangels solcher begann jedoch nunmehr die Jagd auf Streikposten unter Anführung von Fabrikanten. In Crimmitschau begann damit zugleich die Belästigung des Publikums auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Von früh 5 Uhr bis abends 1/2 9 Uhr patrouillieren Schutzleute und Gendarmen, um einzelne oder in Gruppen stehende bleibende Passanten wegzumweisen. Desser wie zuemal darf niemand eine Gasse, die von Beamten obschwert wird, passieren, bei Androhung sofortiger Arrestur. Selbst Fremde werden in ihrer Bewegungsfreiheit in den Straßen gestört, Frauen mit Kindern auf dem Arme des Wegs verwiesen und Hausbesitzer dürfen nicht vor ihren Haustüren stehen bleiben. Einzelnen Schankwirts wurde verboten, die Fenster zu öffnen, weil Streikposten aus den offenen Fenstern die in der Nähe befindlichen Fabriken beobachten könnten, ja, selbst — Skatulle sollen in einem Falle nicht in der Nähe der Gaststubenfenster mit Gärten besetzt werden dürfen. Mit dem Erlaß von Verboten, das Stehenbleiben von einzelnen oder Gruppen in den Straßen betreffend, ist die Möglichkeit gegeben, den Verkehr des Publikums selbst zu stören. Die Verhängung des Belagerungszustandes über Crimmitschau, eine Stadt von 25 000 Einwohnern, könnte kaum größere Belästigungen der Allgemeinheit herbeiführen als diese Polizeipraxis. Zahlreiche Sistierungen „widerstrebiger“ Arbeiter wie Fremder, die nicht gehorcht und sich nicht entfernt haben, sind die Folge derartiger Belästigungen, während sich die Fabrikanten ungeniert und frei, einzeln und in Gruppen bewegen können, niemand notiert sie, niemand weist sie weg.

Wie schon hervorgehoben wurde, zeigen diese den Gen-

darmen die Fährte, auf der dieselben Streikposten, männliche und weibliche, zu suchen haben. Daneben laufen Massenprozesse gegen die Arbeiterführer und viele einzelne Arbeiter vor Gericht und fast alle Tage hat das Schöffengericht in Crimmitschau sich mit größeren oder kleineren Vergehen gegen die Straßenpolizeiverordnung usw. zu beschäftigen. Mit Berrufserklärungen oder andern nach § 153 der Gewerbeordnung oder dem allgemeinen Strafgesetzbuch strafbare Vergehungen dagegen fast gar nicht. Die Straßenpolizeiverordnungen machen aber gerade das Recht, Streikposten zu stellen, zu nichte und damit die Ausübung des wichtigen Koalitionsrechtes bekanntermaßen illusorisch.

Daß es in Crimmitschau unter solchen Umständen nicht zu Kravallen und vielleicht zu Blutvergießen gekommen ist in den zwölf Wochen, liegt an den nüchternen, ruhigen und dabei zielbewußten energischen Arbeitern selbst, die jeder Brückung aus dem Wege gehen und selbst Ehrenfränkungen, Roheiten und persönliche Angriffe von seiten einzelner wütender Fabrikanten nicht erwidern, ja diese Leute nicht einmal vor Gericht zitieren. Man könnte beinahe sagen, daß zuviel gefühlgemäßer Sinn in diesen Leuten steckt, diesen Leuten, deren Fähigkeit im Festhalten an dem, was sie einmal für richtig erkannten, geradezu bewunderungswürdig ist.

Man kennt die Rolle, die die Gendarmen in allen Streikbewegungen und Aussperrungen spielen, erst kürzlich hat man in Oesterreich davon Proben erlebt. In Crimmitschau wird die Durchführung dieser Rolle unmöglich werden. Die Fabrikanten mögen immerhin einige kleine Konflikte wünschen, damit die Masse der sich Weigernden auch ferner unter das Joch des Elftundentages zu kriechen, zur „Näson“ gebracht werden, — die Arbeiter lassen sich nicht provozieren. Für die nächsten Wochen sind übrigens die im Kampfe um den Zehnstundentag Ausharrenden abermals befohlen. Die Arbeiterschaft von ganz Deutschland tut ihre Pflicht! Es handelt sich beim Klassenkampf in Crimmitschau fast um ein nationales Interesse. Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, vor allem aber die organisierte, muß aufs innigste den Sieg der Crimmitschauer wünschen, da es ein Vortruppenkampf der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands und zugleich ein Etappenkampf zur Er kämpfung des Ahtstundentages ist.

Glücklicher konnte dieser Vortruppenkampf um den Zehnstundentag gar nicht beginnen, als in Crimmitschau, in welcher Stadt nicht nur durchgehend nüchterne, fleißige Arbeiter, sondern besonders weibliche Arbeiter im Feuer um den Zehnstundentag stehen, Frauen, die bald noch energischer und fester kämpfen, als die Männer. Von der ursprünglich ausgesperrten, jetzt im Kampfe um den Zehnstundentag ausharrenden Arbeiterschaft gehört der größere Teil weiblichen Arbeitskräften an. Das gibt ja eben dem Kampfe in Crimmitschau das eigene Gepräge.

So zeigt auch der Crimmitschauer Kampf, daß Behörden und Polizei im Klassenkampfe nicht über den Parteien, sondern zwischen und mitten unter ihnen stehen, nur daß sie sich nicht nach der schwachen, sondern nach der starken, der Unternehmerseite schlingend wenden, eine alte Erfahrung in allen Klassenkämpfen der Geschichte. Je schärfer sich die Interessenkämpfe dieser Klassen zuspitzen, desto entschiedener wird auch die Parteinehmer der organisierten Staatsgewalt für die Unternehmerklassen. Besitz und organisierte Staatsgewalt sympathisieren nicht nur, nein, sie paktieren miteinander und jede Auseinandersetzung im gewalttätigen Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie alle parlamentarischen Auseinandersetzungen über Schutzgesetze für die Arbeiter bestätigen die Tatsache der sich noch immer verschärfenden Klassenkämpfe.

Zigaretten-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Dresden, den 15. November.

Am Sonnabend, den 14. November fand im großen Saale des Volkshauses zu Dresden eine öffentliche Zigarettenarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung statt. Obgleich aus dem Saale alle Tische entfernt wurden, war um 8 Uhr der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Hunderte, die der Versammlung mit beizuwohnen wollten, mußten umkehren. Die Tagesordnung lautete: 1. Kann der Deutsche Tabakarbeiterverband die wirtschaftliche Lage der Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen verbessern? Referent Kollege Otto Ziegeler. 2. Die Mißstände in den Zigarettenfabriken von Alexander Müller, Alexandria und Gastein. Referent Kollege Franz Müke (Zigarettenarbeiter).

Kollege Ziegeler führte folgendes aus: Seit einer Reihe von Jahren ist der Lohn der Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen gesunken, auch die Behandlung ist schlechter ge-

worden und das Material ist jetzt schwerer zu bearbeiten, als früher. Vor zwanzig Jahren waren die Löhne gut zu nennen gegen jetzt. Die Fabrikanten könnten als Entschuldigungsgrund nicht erklären, sie seien infolge der schlechten Geschäftslage gezwungen gewesen, Abzüge zu machen. Die Zigarettenindustrie sei in den letzten zehn Jahren um 10 Proz., innerhalb der letzten drei Jahre um 30 Proz. gestiegen. Nicht nur die Löhne sind gesunken (für gewisse Sorten wird nur noch die Hälfte bezahlt gegen früher), auch die Arbeitszeit ist verlängert worden. Die Profitgier der Unternehmer kennt keine Grenzen. Man führte deshalb das System ein, daß die Arbeiterinnen neben der Fabrikarbeit noch Hausarbeit machen mußten. Dieses System ist nicht zu verwechseln mit der eigentlichen Hausarbeit, wo die Arbeiterin nur zu Hause arbeitet.

Als Beweis, wie weit dieses verwerfliche System bereits gediehen ist, führt Redner die Neuzugänge zahlreicher Arbeiterinnen an. Sie erklärten der Vorortskommission, welche die Agitation leitet, „macht unsre Versammlungen Sonnabends, die andern Tage haben wir keine Zeit, da müssen wir Hülsen flehen“. Das spricht Bände. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Zusammenschluß der Arbeiter in ihrer Organisation.

Leider haben die Zigarettenarbeiter noch nicht alle begriffen, welchen Wert ihre Organisation für sie hat. Früher, als die Arbeiter, haben die Fabrikanten dieses begriffen und sind deshalb größtenteils schon organisiert. Sie kennen auch die Gefahr, die für sie der Zusammenbruch der Arbeiter hat. Um etwaigen Lohnforderungen der Arbeiter einen Damm entgegenzusetzen zu können, waren sie bestrebt, eine Reservearmee zu schaffen. Die Lehrlingszuchterei wird im großen Maßstabe betrieben, diese Lehrlinge werden mit Löhnen abgeseilt, die aller Beschreibung spotten. Die Lehrlinge müssen 6 Mk. Lehrgeld zahlen, 3-6 Wochen ganz umsonst arbeiten, dann bekommen sie gnädig die Hälfte des Lohnes, der geübten Arbeitern gezahlt wird. Außerdem müssen sie noch, und das ist das empörendste, bis sie „perfekt“ arbeiten können, jede Woche 1000 umsonst machen. Der „Lehr“kontrakt wird auf zwei Jahre abgeschlossen!!!

Redner schildert dann in beredten Worten, oft von lebhaften Beifall unterstützt, daß das Leben der Zigarettenarbeiterinnen nur aus arbeiten und schlafen bestehe. Er legt dann den Zweck des Verbandes klar, gleichzeitig die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung erläuternd.

Es sei nun die Frage berechtigt, ob der Deutsche Tabakarbeiterverband schon versucht habe, die Lage der Zigarettenarbeiterinnen zu verbessern. Diese Frage sei mit Ja zu beantworten. Die Versuche sind von Erfolg gewesen. Die Vorortskommission wurde bereits bei zwei Firmen vorstellig. In der Compagnie Lafarme wurde über eine ganze Reihe von Mißständen geklagt. Der größte Teil der kritisierten Mißstände wurde durch die Intervention der Vorortskommission beseitigt, ebenso wurden Lohnzulagen bewilligt. Ueber die Behandlung der Frau Direktrice Busch wurde ebenfalls sehr geklagt und hoffen wir, daß die Direktion auch in dieser Beziehung baldigst Abhilfe schaffen wird.

Sodann wurde die Vorortskommission bei der Firma Sasmazi vorstellig. Auch hier wurden verschiedene Mängel montiert. Von der Direktion wurden jedoch diese Mängel in Abrede gestellt. Zugegeben wurde nur, daß in der Frauengarderobe Bitragen fehlten, dieselben sollten jedoch beschafft werden. Die Fabrikleitung ist in der Tat schon dem Verlangen nachgekommen und hat — die Fenster streichen lassen. Die Kommission hatte sich auch darüber beklagt, daß in der Wascheinrichtung für 30 Personen nur ein Handtuch vorhanden sei. Die Direktion erklärte hierauf, dies sei nicht der Fall, vielmehr wäre die Sache so, daß ein Handtuch vorhanden sei. Ein anderes Handtuch könne nicht verwendet werden, weil die Handtücher stets gestohlen worden wären!! Die Seife, die bei dieser Firma an der Kette liegt, sei früher ebenfalls gestohlen worden!!

Mit welchem Mißtrauen bei der Firma den Arbeitern entgegengekommen wird, darüber gibt ein Vorfall Aufschluß: Von der Vorortskommission wurden Handzettel bei der Firma verbreitet. Herr Gesselhart, wohlbestallter Werkmeister der Firma, erklärte nun, daß das Papier zu den Handzetteln bei der Firma gestohlen worden sei!!

Als sich die Vorortskommission über die hohen Strafen wegen Zuspätkommens äußerte, sagte man ihr: „Sie waren wohl Soldat und wissen, daß Pünktlichkeit herrschen muß.“ Auch in der Frage, ob es nicht möglich sei, den Arbeitern, die Ueberstunden zu machen haben, zu gestatten, daß sie dann essen dürften, wurde die Kommission ähnlich beschieden. Herr Prokurist Otto meinte: „Wenn Sie Soldat waren, wissen Sie auch, daß es bei den Felddienstübungen keine

Essensspannen gibt." Das sind doch für einen gewerblichen Betrieb sehr, sehr sonderbare Ansichten!

Der zweite Referent, Zigarettenarbeiter Kollege Müllers, erörterte die Mißstände, die in den eingangs angegebenen Fabriken herrschen. Vor allem forderten die Fabrikordnungen der betreffenden Fabrikanten die schärfste Kritik heraus. Es sei schwer mit den gesetzlichen Vorschriften in Einklang zu bringen, wenn die Strafgelder in solcher Weise verwendet werden. In der Alexandria ist Ufus, daß die Strafgelder zu Weihnachten verteilt werden. Um sich die Sache leichter zu machen (?), ließ man die Strafgelder von drei Jahren zusammenkommen und dann erhielt jede Arbeiterin 30 Pfg., sage und schreibe: dreißig Pfennige.

Es wüßte jedoch niemand, wieviel in der Strafkasse war. Für die letzten drei Jahre aber gab es überhaupt — nichts. Sehr kurios, so sagte der Referent, sei es auch, daß die Arbeiterinnen, die zu spät kommen, die Strafe bezahlen müßten, die Direktrice jedoch keine Strafe zu zahlen brauche. Ferner sei es nicht zu billigen, daß bei der Firma Garderobe und Küche ein und derselbe Raum wären. Daneben wäre der Gasometer aufgestellt und gingen die Männer ab und zu, was doch sehr genierend sei für die Frauen und Mädchen. Es sei ferner ein Arbeiterausschuß nicht vorhanden, mithin auch keine Kontrolle über die Höhe der Strafgelder. Für 15 Fälle sind im Statut Strafen vorgesehen, die der Referent enorm hoch fand.

Table with 2 columns: Straftatbestand and Betrag. Items include: a) Unentschuldigtes Ausbleiben (0.30 M.), b) Verspätkommen (0.20 M.), c) Vorzeitiges Verlassen der Fabrik (0.50 M.), d) Verunreinigung der Fabrik-Anschläge (0.50 M.), e) Aborte (0.50 M.), f) Verberben, Vermüllen oder Wegwerfen noch brauchbaren Materials (0.50 M.), g) Unvorsichtiges Umgehen mit Feuer (0.50 M.), h) Störung der Mitarbeiter bei der Arbeit (0.50 M.), i) Willkürlich falsche Angaben der geleisteten Arbeit oder Stunden (1.— M.), k) Mitnahme von Handmaschine und Schiebern (0.50 M.), l) Schmiererei der Handmaschinen (1.50 M.), m) Mitbringen von Obst und Nahrungsmitteln in die Arbeitsräume (0.50 M.), n) Selbstanfeuchten des geschnittenen Tabaks (1.— M.), o) Lautes Sprechen bei der Arbeit und im Vorhaus (0.20 M.), p) Rauchen innerhalb der Geschäftsräume (0.50 M.).

Der Referent unterzieht diese Strafen einer gebührenden Kritik.

Bei der Firma C & Stein haben die Arbeiterinnen vor allen Dingen über schlechte Behandlung zu klagen von seiten des Meisters und der Direktrice.

Selbst der Portier dünkt sich als „Vorgesetzter“; der Herr ist sehr grob. Kommt eine Arbeiterin eine Minute zu spät, heißt sie der Herr nach Hause gehen.

Auch bei dieser Firma fehlt der Arbeiterausschuß. Die Strafen setzt die Fabrikleitung nach Belieben fest. Die Treppen, wo die Arbeiterinnen mit schweren Kisten herauf müssen, sind in schlechtem Zustande.

Am schlimmsten sei es jedoch bei der Firma Werner Alexander Müller. Dort bestünden geradezu mittelalterliche Zustände.

§ 8 Absatz d der Arbeitsordnung besagt: Wer Tätigkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder gegen seine Vorgesetzten (sic!) oder gegen deren Angehörige begeht, wird mit sofortiger Entlassung bestraft; außerdem verfällt er den in der Fabrikordnung vorgesehenen Strafen.

§ 18 besagt: Wer ohne ausdrückliche, nur in dringenden Fällen zu erteilende und tags zuvor nachzuforschende Erlaubnis wegleibt, verfällt in Strafe.

Wenn nun Verwandte sterben, so denkt man doch in seinem Schmerz nicht an die Entschuldigung.

Ueberstunden werden wie die gewöhnlichen Stunden bezahlt, d. h. ohne Aufschlag. Wie eine Gefängnisvorschrift sei der § 27 der Arbeitsordnung.

Die sogenannte Garderobe bilde ein Korridor, das sei gesetzlich unzulässig.

§ 36 lautet: „Jeder Arbeiter hat für Reinlichkeit seines Anzugs und seines Körpers überhaupt Sorge zu tragen.“

Ob der § 36 richtig befolgt wird, dürfte wohl sehr schwer zu kontrollieren sein. Die Aborte müssen von den Arbeiterinnen selbst gereinigt werden, ohne Entgelt.

Die Strafgelder sollen hier für Wohlfahrts-einrichtungen verwendet werden. Da berührt es eigentümlich, wenn die Verschönerung der Fabrik als Wohlfahrts-einrichtung gelte. Auch hier weiß niemand, wieviel in der Strafkasse Geld vorhanden ist. Ueber die Strafgelder verfügt der Chef nach freiem Ermessen.

Referent kommt zu dem Schluß: Weg mit solchen mittelalterlichen Vorschriften! Zum Glück gibt es noch einige humane Arbeitgeber. Als Beweis führt Redner die Verwendungsvorschriften über Strafgelder in der Fabrik „Rios“ an.

Redner schließt mit der Aufforderung, sich dem Deutschen Tabakarbeiterverband anzuschließen, denn nur auf diese Art wäre es möglich, die Mißstände abzuschaffen und sich ein lebenswertes Leben zu eringen. — Trotz der wiederholten Aufforderung des Vorsitzenden, Kollegen Uhlig, wagte niemand der zahlreichen Vertreter der kritisierten Fabriken, sich zu verteidigen. Nur ein Vertreter der Alexandria meldete sich zum Wort und mußte die Mißstände zugeben; versprach aber Abhilfe. Nachdem der Vorsitzende noch einmal aufgefordert hatte, sich, wenn sie Mißstände vorzubringen hätten, vertrauensvoll an ihn zu wenden (Richard Uhlig, Dresden-Neustadt, Förstereistraße Nr. 36, III), schloß er die imposante Versammlung.

Rundschau.

Der Beirat für Arbeiterstatistik, der im reichsstädtischen Amt versammelt war, hat u. a. beschlossen, zu ermitteln, welche Einrichtungen im Auslande zur Unterstützung Arbeitsloser bestehen; es sollen hierbei sowohl die Einrichtungen der Gewerkschaften wie die öffentlichen Versicherungen in Bern, St. Gallen, Basel, Zürich und Genf berücksichtigt werden. In der Schweiz sind auf diesem noch so fruchtigen Gebiet der Arbeiterversicherung die ersten gesetzgeberischen Vorstöße gemacht worden.

Deutsche Sozialreform. Auf Wunsch der Zigarettenfabriken hatte der preussische Handelsminister von den Regierungen Berichte eingefordert, mit deren Hilfe Ausnahmen von den Vorschriften über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen für diese Betriebe erreicht werden sollten. Jetzt macht der Handels-

minister bekannt, daß der Reichskanzler von den Berichten Kenntnis genommen, aber keinen Anlaß gefunden habe, auf die Wünsche der Zigarettenfabriken einzugehen.

Durch Bekanntmachung des Bundesrats vom 8. Dezember 1893 ist den Spinnereien nachgelassen, am Sonnabenden und den Vorabenden von Festtagen die für jugendliche Arbeiter durch die Gewerbeordnung vorgeschriebenen Nachmittagspausen wegfassen zu lassen. Diese Bekanntmachung ist gültig bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Wie jetzt der preussische Handelsminister mitteilt, wird die Bekanntmachung nicht wieder erneuert werden.

Zum internationalen sozialistischen Kongreß von 1904 veröffentlicht das internationale sozialistische Bureau einen Aufruf, worin die Parteiorganisationen aller Länder zur Beteiligung an dem Kongreß, der vom 14. bis 20. August 1904 in Amsterdam stattfindet, aufgefordert werden. Die Landesparteien werden ersucht, auf ihren nächsten Kongressen und Parteitagen zu dem internationalen Kongreß Stellung zu nehmen. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: Bericht des Sekretariats; Bericht der Nationalitäten; allgemeine Grundsätze der sozialistischen Politik; die Trusts und die Arbeitslosigkeit; internationale Schiedsgerichte; Einwanderung und Auswanderung. Die Tagesordnung ist zunächst provisorisch und die Parteigruppen haben das Recht, die Aufstellung weiterer Punkte zu beantragen. Die Anträge sollen, zusammen mit eingehenden Berichten über diese Frage und dem Entwurf einer Resolution, bis zum 1. Dezember d. J. dem internationalen Sekretariat eingereicht sein. Ferner werden die sozialistischen Parteien und die Zentralkomitees der Gewerkschaften ersucht, dem Sekretariat bis zum 31. Dezember d. J. einen Bericht über die Zeit des letzten Kongresses von 1900 einzusenden. Die Adresse des Sekretariats ist Rue Seybaert 63 in Brüssel.

Die Agitation für Erhöhung der Tabaksteuer wird fortgesetzt. Waschnetzell werden in die Provinzpresse lanciert, in denen es u. a. heißt:

Was den Tabak anlangt, so sollte bereits bei der großen Steuerreform im Jahre 1879 das Tabakmonopol eingeführt werden. Dieses gelang trotz der damals angestellten umfassenden Tabak-Enquete nicht, auch spätere Versuche mißglückten. Man mußte sich mit einer Erhöhung der Besteuerung des inländischen Tabaks und einer Höherverzollung des ausländischen Tabaks begnügen. Der Tabak, dieses große und beliebte Genussmittel, bringt heute an Tabaksteuer nur 13 Millionen, der Tabakzoll nur 54 Millionen, im ganzen fließen aus Tabak also nur 67 Millionen Mark oder pro Kopf der Bevölkerung 1.16 Mk. Eine solche Einnahme erscheint gewiß gering, wenn man weiß, daß Frankreich aus seinem Tabakmonopol eine Einnahme von 300 bis 400 Millionen Frank erzielt. Die Besteuerung des Rohtabaks ohne Abstufung nach der Qualität ist jedenfalls die roheste und damit die schlechteste Besteuerungsweise. Eine solche Steuer ist nur so lange haltbar, als sie sich in mäßigen Grenzen bewegt. Sofern das Reich zu einer Erhöhung seiner Einnahmen aus der Tabaksteuer schreiten wollte, müßte eine andre Besteuerungsform — etwa nach dem Werte — eingeführt werden. Von einem Tabakmonopol kann deshalb nicht die Rede sein, weil die Entschädigungen, welche dabei den heutigen Tabakinteressen gewährt werden müßten, sich auf gegen eine Milliarde Mark belaufen würden.

So läßt man die Tabakindustrie nicht zur Ruhe kommen!

Eine neue Krisis in Sicht? Die bürgerliche Presse meldete in letzter Zeit verschiedentlich von dem schlechten Geschäftsgang in der elsässischen Industrie. Die Spinnereibesitzer in Süddeutschland sollen neulich auf einer Konferenz beschlossen haben, ihre Betriebe einzuschränken, falls nicht eine anhaltende Besserung eintrete. In Müllhausen, der Metropole der elsässischen Industrie, hat die Arbeiterschaft die Folgen bereits zu spüren. In mehreren Spinnereien ist eine Betriebseinschränkung angekündigt. Auch in der Maschinenindustrie ist der Geschäftsgang sehr flau. In einem Betriebe, in dem über 3000 Arbeiter beschäftigt sind, wird nur noch fünf Tage in der Woche gearbeitet. In tristem Mißverhältnis zu diesen Vorgängen stehen die vielfach recht bedeutenden Fabrikvergrößerungen, die in diesem Jahre stattgefunden haben. Das Unternehmertum scheint es als etwas selbstverständliches zu betrachten, nunmehr jeden Winter der Arbeiterschaft die Hungerpein zu lassen; denn nur diese haben unter den Betriebseinschränkungen zu leiden. Durch die effiziente Arbeitszeit, die hier durchweg noch eingeführt ist, wird dafür gesorgt, daß der Unternehmer am Jahresschluß doch seine fetten Dividenden einstreicht. Der ganze Zweck dieser Produktionseinschränkung ist und bleibt die Lohndrückerei.

Das englische parlamentarische Gewerkschaftskomitee gegen Chamberlain. Das parlamentarische Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses hat soeben ein Manifest gegen die Schutzollpolitik Chamberlains erlassen. In demselben werden die Arbeiter Englands aufgefordert, gegen die geplanten Schutzölle zu protestieren. Der Gewerkschaftskongreß sowie die Genossenschaften, die insgesamt mehrere Millionen von Arbeitern repräsentieren, haben sich gegen das Schutzollsystem ausgesprochen. Die Einkünfte aus diesem dienen, so heißt es weiter, nur dazu, Kriege zu führen und den Reichen Renten zu verschaffen. Für Chamberlains Politik habe nur die Organisation der Streikbrecher, Leute, die den Arbeitern, die für höhere Löhne kämpfen, in den Rücken fallen, sich erklärt. Das Manifest ist von sämtlichen Mitgliedern des Komitees unterzeichnet.

Achtung!

Auf Wunsch des Zentralvorstandes des Schweizerischen Tabakarbeiter-Verbandes bringen wir dessen Adresse hiermit zur Veröffentlichung: Präsident Karl Zapp, Rheinfelden (Schweiz).

Berichte.

Oftersheim. Etwas über das Verhältnis zwischen Konsumvereinen und organisierter Arbeiterschaft. Schon mehreremal ging von seiten der Dresdener Kollegen das Gesuch an die Vorortskommission Mannheim, zu untersuchen, ob in den Fabriken, welche Ware (Zigaretten) an die Konsumvereine Dresdens liefern, auch die Löhne (Minimallohn) bezahlt würden, welche angeblich als Bedingung zur Lieferung verlangt werden. An sich wäre es nun für die Kollegen, welche diese Unternehmung anstellen, eine sehr gern geleistete Arbeit, wenn diese Arbeit erstens aus der Tasche der Konsumvereine bezahlt würde und nicht aus Verbandsmitteln, und zweitens die Resultate der Untersuchungen von seiten der Konsumvereine auch zu Herzen genommen

würden. Es liegt sehr begründeter Verdacht vor, daß schon öfters von seiten der Vorortskommission Mannheim Berichte eingekauft wurden über zu geringe Bezahlung seitens der betreffenden Fabrikanten und daß denselben die Lieferungen doch nicht entzogen wurden; wenigstens wurde ein solcher Beschluß, der den betreffenden die Lieferungen zu entziehen bestimmte, der Vorortskommission Mannheim nicht bekannt. Wie ich in letzter Nummer des Tabakarbeiter lese, hatten die Kollegen in Dresden in ihrer letzten Versammlung ein Thema zur Verhandlung, das sich mit Konsumvereinen und Zigarettenarbeiterlöhnen befaßte. Ich glaube kaum, daß es der Mühe wert ist, sich über solche Demate zu ereifern. Betrachten wir uns die Konsumvereine näher, so werden wir finden, daß dieselben meistens nicht aus den untersten Schichten der Arbeiterschaft bestehen und am allermeisten bildet die organisierte Arbeiterschaft den Hauptbestandteil derselben. Es mag in Dresden vielleicht der Fall sein, daß die organisierte Arbeiterschaft den Kern bildet des dortigen Vereins. Ist aber denn auch ein Statut vorhanden, welches ausdrücklich vorschreibt, von wem und unter welchen Bedingungen die Waren bezogen werden dürfen oder sollen? Ist ein solches vorhanden und schreibt es vor, daß hauptsächlich Ware bezogen werden soll, welche von organisierten Arbeitern hergestellt ist, so behaupte ich, daß nach diesem Grundsatz nicht verfahren wird oder wenigstens sehr wenig danach gefragt wird. Ich glaube, die Konsumvereine nehmen eben ihre Ware da her, wo sie am billigsten ist, um bei Jahreschluß viel Prozente bezahlen zu können. In diesem Falle wäre es allerdings angebracht, wenn wir organisierten Tabakarbeiter Untersuchungen anstellen würden, ob die betreffenden Lieferanten den (ich will nicht sagen, Minimallohn) Lohn bezahlen. Wir sollten uns nicht aufregen über die Lieferanten in erster Linie, sondern über den Konsumverein, daß er trotzdem noch Ware von solchen Leuten bezieht. Ist aber im Statut ein solcher Passus nicht vorhanden, dann brauchen wir auch nicht das Auskunftsbureau zu machen für die betreffenden Vereine, denn dieselben sind ja nicht an uns gebunden und haben gar keinerlei Verpflichtung gegen uns. Ich lese speziell von der Firma Werg in Heidelberg, welche ihre Fabrik in einem Landort hat (Sandhausen) und gar keinen einzigen organisierten Arbeiter beschäftigt. Ich war persönlich in Sandhausen und habe die Verhältnisse mit eignen Augen untersucht und habe konstatiert, daß verheiratete Männer mit samt ihrer Frau mit 18 Mark Wochenlohn nach Hause gehen. Wenn dort ein Moller in der Woche 14 Mark verdient, so ist es schon der beste Arbeiter, der in der Fabrik ist. Nun frage ich: Warum bezieht der Konsumverein Dresden, trotzdem er schon etliche Jahre von Werg die Verhältnisse kennt, immer noch Ware von demselben? Und wie kommt es, daß man mit solchen Lieferanten überhaupt noch verhandelt? Es wäre von allgemeinem Interesse für uns Tabakarbeiter, wenn wir den Zusammenhang zwischen den Konsumvereinen und dem Verband Deutscher Tabakarbeiter auseinandergelagt bekommen würden, umso mehr als auch schon unser Hauptvorstand sich dazu hergab, ein Wort dafür einzulegen, daß man Untersuchungen über Löhne in den Fabriken anstelle, welche an Konsumvereine liefern. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich jemand findet, welcher uns den klaren Sachverhalt auseinandergelagt, inwiefern organisierte Arbeiter und Konsumvereine eine praktische Verwandtschaft haben. Wilhelm Alvinger.

Quittung.

Für die streikenden Tabakarbeiter Löbau sind in der Zeit vom 26. Oktober bis 11. November folgende freiwillige Gelder eingegangen:

Table with 2 columns: Name and Betrag. Includes: Eibau, durch Köhlig (4.— M.), Seiffenwerder, durch Hoffmann (darunter 10 Mk. vom Gewerkschaftskartell) (17.75 M.), Woltersdorf b. Erfner, durch Hampel (18.56 M.), Sprottau, durch Schüler (4.50 M.), Radeberg, Döbriß (3.90 M.), Glas, durch Kleiner (8.20 M.), Görlitz, durch Seibt (14.95 M.), Meßen, durch Verneky (6.25 M.), Burzen, durch Wengen (8.20 M.), Halle, durch Lorenz (6.55 M.), Guben, durch Lau (8.80 M.), Heilbronn, durch Hammer (9.70 M.). Total: Ca. 95.86 Mk.

Allen Gebern besten Dank; der Streik dauert unverändert fort. Das Streikkomitee. J. A. S. Hebler.

Briefkasten.

Dresden. Die Liste der provisorisch Aufgenommenen kostet uns 20 Pfg. Straßporto. Aufpassen!

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieß' Verlag) ist soeben das 7. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Generalkrieg als politisches Kampfmittel. Von W. v. Blieden-Amsterdam. — Die Aufhebung der bürgerlichen Hauptpflicht in Rußland. Von G. Wiedanow. — Der achte Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens. Von R. Abramoff. — Der Niedergang der britischen Industrie. Von Th. Rothstein-London. (Fortsetzung). — Der Kohlenbäuer und die „Machinomanie“. Von J. German. — Litterarisches Rundschau. Der wahre Jakob. 20. Jahrgang, Nr. 24. Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. 13. Jahrgang, Nr. 24.

Die Bevollmächtigten bezw. Kollegen der einzelnen Zahlstellen werden gebeten, die noch rückständigen Beträge für ausgenommene Inserate umgehend an uns abzuführen. Die Expedition, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsstelle: Hamburg-Altenwerf, Mozartstr. 5, I. Ausschuß: D. S. dom, Brandenburg a. S., kurze Straße 3. Schiedsgericht: Karl Kraßig, Dresden, Schanze-str. 3, II.

Eingegangen: Kiel 118 Mk., Burzen 100 Mk., Eimsbüttel 150 Mk., Ogersheim 50 Mk., Sterbekasse: Burzen 14.15 Mk., Kassel 18 Mk., Berlin II 5.85 Mk., Zuschüsse: Kassel 100 Mk., Herzberg 80 Mk., Mündenheim 75 Mk., Halle a. S. 75 Mk., Wilsdorf 50 Mk., Berlin I 200 Mk., Rosen 100 Mk., Ver. 80 Mk., Halbe-Stadt 200 Mk., Würzburg 50 Mk., Sa. gemeld. 75 Mk., Carlshafen 50 Mk., Freyglau 50 Mk., Halle i. B. 40 Mk., Kraßengelder: 121.25 Mk., Sterbekasse: Kiel 118 Mk., Hamburg, den 16. November 1903. F. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 13, II.

Bekanntmachung.

Nach § 15 (als Arbeitswillige) sind gerichtet: Otto Ulber, zur Zeit in Löbau, Stanis. Garmazinski aus Gnesen, Buch Ser. III, 02575, zurzeit in Bismarckwerda.

Nach § 15, Abs. b, gerichtet: Rob. Lehnert aus Friedl. Schl., zurzeit in Königsmusterhausen.

Zur Beachtung!

Wir richten an die Bevollmächtigten jener Zahlstellen, die bis heute die Abrechnung vom 3. Quartal noch nicht eingekandt haben...

Erklärung.

Nach der nunmehr abgeschlossenen Untersuchung erklären wir gern auf Wunsch des Kollegen Wilhelm Grammann aus Ostrow i. Mecklenb., dass in seinem Besitz keine zwei Mitgliedsbücher befinden resp. befinden haben.

Das auf den Namen Joh. Stamm aus Newied lautende Buch, Ser. II, 32355, ist zwecks Kontrolle an uns eingekandt.

Vom 11. bis 17. November 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

Table with columns for date, name, and amount. Includes entries for 2. November, 9. November, 10. November, 11. November, 12. November, 13. November, 14. November.

B. Freiwillige Beiträge: 14. November, Leipzig, G. Lehmann 10.-

C. Für Protokolle der Generalversammlung: 14. November, Leipzig, G. Lehmann 5.80

D. Für Annoncen: 11. November, Hahndt, S. Wohlers, in Nr. 45 des L.-M. 50

E. Mitglieder, welche ihre Beiträge an die Hauptkasse eingekandt haben: 9. November, Holzhausen, J. D. 3.05

16. November, Hageburg, C. W. 7.20

Der Beschluss der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden...

Einige der Herren Abfinder, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Einige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 17. November 1903. W. Nieder-Wesland, Kassierer.

Vom Vorstände sind ernannt: Für Kassier: Wih. Käthe als 1. Bev., Adolf Wulf als 2. Bev., Karl Kofke als 3. Bev.;

Für Schriftf. Hermann Riniegl, Anna Spiek als Kontroll. Für Kassier: Joh. Müller als 1. Bev., Alois Stöber als 2. Bev., Paul Wagner als 3. Bev.;

Für Kassier: Fr. Grunewald als 1. Bev., Th. Mooren als 2. Bev. Für Kassier: Karl Laupenberger als Kassier.

Für Kassier: H. Sudel als 1. Bev., E. Wartling als 2. Bev., H. Reichaus als 3. Bev.; F. Kühne, G. Buchholz, Rich. Ober als Kassier.

Für Kassier: Heinr. Koop als 2. Bev.; H. Wiegand als Kontroll. Für Kassier: Aug. Schüss als Kassier.

Provisorisch aufgenommen sind: Fritz Gordaner aus Wibelstücken. (464)

Ernst Diebler aus Trunzig (292) Friedr. Bronne aus Helmarshausen. (154)

Paul Droge aus Sommerfeld. (321) Reinb. Loder aus Glas. (133)

Gust. Kletmann, Paul Masdorf (s. R.), Fritz Behm (s. R.) aus Bielefeld. (270)

Paul Nouch aus Sübbenau, Herm. Dreher aus Striegau. (207) Jak. Bullinger, Georg Daum, Valentin Biesinger, Theresia Daum aus Herzheim, S. Garrecht aus Offenbach. (185)

Anna Huber aus Emmendingen. (401)

Heinrich Traue, Franziska Traue, Chr. Für, Frin. Dora Bah, Diedrich Kluge, Frau Anna Ferns (s. R.), Frau Bohlmann geb Lamle (s. R.), Karl Kücher (s. R.), Bernh. Hein, sämtlich aus Bremen...

Katharina Wegel geb. Schwindt aus Hoffenheim. (430) Johanna Keelen aus Melem, W. A. Wolters aus Arnheim. (254) Jos. Jungblut aus Adenau, Balthasar Schneider aus Fierzheim...

Margarete Höhl geb. Störz aus Speier. (332) Anna Damm aus Weihenfeld. (184) Emil Peters aus Jzehoe. (439) Mich. Schwemer aus Jüllichau, Joh. Klappmück aus Birke. (9)

Walter Deckwerth aus Spremberg. (338) Wih. Wilhelm aus Wageningen. (365) Peter Sörensen aus Brändersloe. (190) W. Seidel aus Frederitzia. (236)

Rob. Vohbauer aus Delitzsch. (162) H. Brachmann, Herm. Kröger (s. R.), Heinr. Westerbek aus Kirchlagern (s. R.), H. Brockmeier aus Süblingern (s. R.), Wih. Lüding aus Oberbühl. (180)

A. Hemmer aus Blotho, A. Doman aus Berlin, E. Schminke aus Bremen, G. Hille aus Soest, Wih. Rickoff aus Möllin, A. Lerdn aus Göttingen, Joh. Bielefeld aus Delmenhorst. (81) Franz Brugel aus Kerbitz, K. Wlag, Paul Wagner aus Cotta bei Dr. Ben, Otto Rische, Ernst Krause aus Dresden...

Marie Fok aus Niederhäslich, Luise Wagner aus Glauchau, Minna Diege aus Neu-Coschütz, Alwine Rösche aus Strahgräbchen, Luise Großer aus Deuben, Anna Lecht aus Greiz, Helene Rommer aus Ebbau bei Dresden, Marie verw. Reichelt, Alara Wegler aus Nöthnitz bei Dresden, Theresia Naumann aus Ebbau, Emma Schmidt, Ella Jäger, Auguste Nühlsberg, Martha Füllup aus Dresden, Eduard Feinzig aus Reichenbach b. Waldenburg, Emilie Weigelt aus Greinzig, Paula Wegner aus Briesnitz b. Dresden, Marie Schreiber aus R. d. berg, Anna Schuber aus Gersdorf (s. R.), Max Jodsch aus Ebbau, Ella Witold aus Meiane, Wanda Erler aus Dresden, Paul Kühn aus Wadwig b. Dresden, Artur Hentich aus Loschwitz b. Dresden, Sara Müller aus Hähnchen, Berta Höhne aus Nebra, Jda Frisiche aus Deuben, Jda Jührig aus Lauterode b. Dresden, Rosa Schwalbe aus Friedberg b. Freiberg, Martha Kofke aus Niederpeterwitz, Hulda Dorstauk aus Cotta b. Dresden, Martha Löhns aus Fülsthen b. Köpchenbroda, Auguste Ulbrich aus Köpchen b. Mühlsberg, Selma Eban aus Nichtenberg, Jda Winkler aus Ober-Arnsdorf i. S., Auguste Hofmann aus Rodingen, Jenni Feldmann aus Silberdorf b. Freiberg, Berta Johne aus Lippersdorf b. Kadoberg, Aloisia Bach aus Weitzschütz, Lidia Laube aus Reichenbach i. Vogtl., Martha Milder aus Gohmannsdorf b. Dresden, Minna Meyer aus Gresten i. Thür., Luise Hamann aus Plauen b. Dresden, Anna Jechel, Lina Glumann aus Zehisa b. Birna, Frau Friedrich aus Großenhain, Frau Wriacz aus Niederoberritz b. Rittau, Frau Müller aus Jutz b. Freiberg, Alma Jüllig aus Glaschütze, Frida Haufe aus Sakwitz, Martha Müller aus Leipzig-Gonnwitz, Fetti Runge aus Grohdorf.

Berta Schönsfelder aus Weigersdorf, Lina Schumann aus Naugen, Emilie Jrgedel aus Hamburg, Gertrud Bayer aus Ebbau b. Dresden, Laura Ruge aus Ditzau, Elisabeth Brothe aus Kadoberg, Berta Kriebisch aus Callgast, Elli Schuster aus Bieschen-Dresden, Frida Vater aus Weising-Altenberg, Jda Ronger aus Nauschitz b. Dresden, Jda Schumann aus Poltowitz, Frida Schröder aus Großenhain, Wella Wehner aus Birna, Selma Heilig aus Burgwitz b. Dresden, Auguste Dreij aus Königszell i. S., Hulda Bapig aus Deuben, Jda Lange aus Bilitzen, Frida Lange, Martha Leisheit, Alara Pähler aus Ober-Peterwitz, Auguste Richter, Alara Formann, Alma Bernat aus Wintersee, Selma Meeth aus Lauterode, Meta Ditzau aus Bilitzen, Emma Kubitz aus Cospitz b. Birna, Anna Nämich aus Josenitz bei Birna, Eintritte Wopitz aus Weidenberg, Selma Greibitz aus Freiwaldau i. S., Margarete Marjchner aus Wurzen, Frida Kühnel aus Niederpeterwitz, Helene Biesch aus Dederan, Frida Wölter aus Naunwitz b. Dresden, Alma Krause aus Groß-Boitzberg, Thella Dretel aus Ober-Neuschönberg, Alara Boltzmann aus Cotta bei Dresden, Jda Müller aus Fülstchen, Dora Friedrich aus Reichenbach i. S., Elsa Gnant aus Bilitz, Frida Hörner aus Hötendorf, Alara Leisheit aus Gittersee, Lidia Britzche aus Klein-Karsdorf, Martha Krause, Martha Kehler aus Siebenlehn, Martha Jesse aus Niederhäslich, Frida Ewald aus Sommerfeld b. Leipzig, Johanna Kubasch aus Posthappel, Hedwig Dürichen aus Gittersee, Jda Weisler aus Niederhäslich, Frida Theile aus Neupaltwitz, Martha Gardier aus Cotta b. Dresden, Elisabeth Wegig aus Dresden-Sirles, Hulda J. ider aus Dittersbach, Alara Jort aus Verbsdorf b. Kadoberg, Jda Otto aus Großenhain, Emma Seebe aus Waldenburg, Hedwig Wagner aus Posthappel, Marie Veyer aus Loschwitz, Marie Janetz aus Kottbus, Martha Rögold aus Plauen b. Dresden, Martha Bürger aus Burgstädt b. Chemnitz, Jda Döhl aus Niederreichendach b. Greiz, Martha Heibing aus Naugen, Alma Pappitz aus Bielefeld, Frida Fischer aus Großenhain, Emma Hartmann aus Neu-Cunnersdorf, Wih. Imire Duffake aus Nichtenberg, Mathilde K. i. t aus Annaberg, Alwine Sadler aus Haldungen, Alara Seibte aus Frankfurt a. O., Theresia Ring aus Mandaus, Anna Unger aus Breslau, Emilie Seebold aus Bilitz, Auguste Pustert aus Bilitzen, Alara Schlierer aus Groß-Sandau, Marie Müller aus Kamitz, Margarete Winkler aus Nischenreuth, Anna Weichau aus Leipzig-Lindenau, Hedwig Weisler aus Bornchen b. Dresden, Alara Otto aus Naundorf b. Struppen. (87)

Einige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt: In Zeitz: Im Lokal der Witwe Krüger (Stadt Greiz) nur abends von 7-8 Uhr.

In Pagan: Bei H. Wilhelm, Helmuthgasse 219. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 12-1 Uhr mittags.

Mitgliederversammlungen. (Mitglieder, besucht Ewige Versammlungen zahlreich!)

Gilenburg: Sonntag, den 29. November, nachmittags 4 Uhr, im Livoli. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. - Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Altona-Ottensen. Herberge und Verkehrslokal befindet sich bei nachweis und Reiseunterstützung für Hamburg, Altona-Ottensen und Umgegend bei Th. Reimer, Altona, Al. Freiheit 67, T. 1.

Bonn. Den Mitgliedern zur gef. Kenntnisnahme, dass unser Versammlungsort bei Fassender, Kasernenstr. 16, ist. Daselbst jeden Sonnabend, abends 7 Uhr, Sitzung.

Eilenburg. Reiseunterstützung wird ausgezahlt im Gewerkschaftshaus Livoli. Die reisenden Kollegen werden ersucht, auch daselbst zu übernachten und nicht nach der Herberge zur Heimat zu gehen und dort ihre Unterstüzung zu verzehren.

Sommerfeld. Das Rufenslassen von der Fabrik ist streng verboten. Dies mögen die reisenden Kollegen wohl beachten.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Brandt & Sohn, Bremen.

Wir kaufen besonders preiswert und offerieren: 45 Ballen Del-Kultur Ma/1/2/AN per 1/2 kg 1.60 Mk. verzollt

28 Ballen NLBT. Co.SDI/RAN per 1/2 kg 1.80 Mk. verzollt Schneeweißer Brand. Deckkraft unter 2 Pfd.

Billiges Angebot!

Pa. Umblatt u. Einlage per 1/2 kg 68-70 Pfg. Hochfeines Umblatt per 1/2 kg 80 u. 90 Pfg. Pa. Vossgut, rein, gesund, Umblatt u. Einlage, 78, 82 und 84 Pfg. Domingos per 1/2 kg 90, 105 und 115 Pfg. Java-Decker per 1/2 kg 145, 160, 190 und 230 Pfg. Sumatra-Decker, hell, mittelfarbig, braun, 1 1/2 Pfd. deckfähig, per 1/2 kg 185, 200, 250, 300, 350, 400, 450 Pfg.

Größte Auswahl in verschiedenen Marken und Sortierungen alter und neuer Ernten in Bornes, Sumatra, Java, Sabanna, Mexiko, Domingo, Brasil u. Nidermärker Tabaken in tabellosem Brand. - Alles verzollt ab hier. Postkonto gegen Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Otto Fuchs Halle a. S., Königstr. 1.

Glas-Christbaumschmuck!

hochf. Sortiment, über 300 Stück besserer moderner Sachen, als mit Chemill. überponnene Eiskugeln, Leuchtkugeln, Lichter, Vögel, Fische, Wellen, etc. Trompeten, Glocken, Leuchtblumen, 3. Aufklemmen, grosse Engel, hochfeine Baumspitze mit Silberhelm, zu verpacken franco u. zu versenden für nur Mk. 5. Gratis filae dieser Sendung einen patentierten Lichthalter mit drehbarer Leuchtkugel und 2 Pakete Cametta bei. Kleineres Sortiment, 170 St., Mk. 3 (Nachnahme 30 Pfg. mehr). Hierbei gratis 1 Engel u. 1 Paket Cametta. Max Heumann Lauscha S.-M., Nr. 61.

C. Strohmann

Bremen, Tannenstr. 36 empfiehlt alle Sorten

Roh-Tabake.

Sumatra in allen Längen u. Farben, tabelloser Brand, per Pfund 120, 150, 175, 200, 250, 300, 350, 450 Pfg. Havanna 250, 300, 450, 600 Pfg. St. Felix-Brasil 90, 100, 120, 150, 200 Pfg. Mexiko 150, 180, 200, 300 Pfg. Vorstenlanden 150, 180, 220 Pfg. Java 90, 100, 110, 120, 150, 180 Pfg. Seedleaf 90, 95, 100, 120 Pfg. Domingo 80, 85, 95, 100, 110 Pfg. Carmen 80, 85, 95 Pfg. Amerikanisches, gesundes, blattiges Losblatt 75, 80, 85 Pfg. Für tadellosen Brand wird garantiert. Preise sind verzollt unter Nachnahme. Zahlungen nach Uebereinkunft.

Achtung!

15 Kisten Seedleaf

Umblatt und Einlage, per Pfund verzollt, im Detail 80 Pfg.

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.

Ein im Wickel- u. Zigarrenmachen gut geübter jüngerer Arbeiter erhält bei gutem Material sofort dauernde Arbeit. Lohn pro Mille 8 Mk. G. Schneider, Zigarrenfabrik, Koda (Sachsen-Altenburg).

Einige tüchtige Zigarren- und Wickelmacher oder auch Wickelmacherinnen gegen hohen Lohn gesucht. Zigarrenmacher, welche ihre Wickel selbst machen, sind bevorzugt. G. M. Schmidt, Reinheim (Hessen).

H. Kurnicker

Berlin N. 54, Lothringer Str. 8, pt. empfiehlt Roh-Tabak zu anerkannt billigen Preisen.

Gesucht eine flotte Wickelmacherin, die auf alle Fassons eingearbeitet ist. Lohn von 3 Mk. an pro Mille bei entsprechender Einlage. Auskunft wird erteilt von G. Stahlmann, Grabow i. M.

Eine tüchtige Wickelmacherin wird per sofort nach Neudamm gesucht. Lohn 2 bis 2.50 Mk. bei freier Zurückkunft. Auskunft erteilt der 1. Bevollm. Emil Busse, Neudamm, Wallstraße 2.

Junger Zigarrenmacher, auf alle Fassons eingearbeitet, sucht per sofort oder später dauernde Arbeit. Gefällige Offerten sende man unter P. M. 100 an die Expedition dieses Blattes.

Ein junger, solider Zigarrenmacher sucht dauernde Beschäftigung, wo Wickel geliefert werden; am liebsten in der Nähe einer Großstadt. Offerten richte man an W. Kaiser, per Adresse: Tischlermeister Klein, Köpchen a. d. L.

Einige Zigarrenmacher, mit und ohne Wickelmacher, suchen dauernde Beschäftigung. Gefällige Offerten an Paul Lehmann, Ebbau i. Sachsl., Bittauer Straße 6, erbeten.

Tüchtiger Hand- u. Venalarbeiter sucht sofort Arbeit. Offerten sind zu richten an J. Leuther, Düsseldorf, Ratinger Straße.

Unserm Freund und Kollegen Carl Vogt, Arbeitersekretär, zu seinem am Montag, den 23. d. M., stattfindenden Geburtstagsfest die herzlichsten Glückwünsche. Kollegen in Würzburg.

Unserm Kollegen Otto Grätz in Rheda zu seinem am Sonntag, den 22. November, stattfindenden Geburtstagsfest die besten Glückwünsche. Seine Tischkollegen G. S. B. A. K. I. W.

Unser Freund und Kollegen F. Müller zu seinem am 26. d. M. stattfindenden Biegefeier die besten Glückwünsche. Die Kollegen der Wickelmannschen Fabrik in Langendreez.

Codes-Anzeigen.

Am 1. November d. J. verstarb nach kurzem, schwerem Krankheitslager das Mitglied Friedrich Wasterhaus. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Zahlst. Brandenburg.

Am 9. November verschied plötzlich unser Kollege Robert Brähenbühl aus Langenau (Sachsl.) im Alter von 44 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen und Kolleginnen der Zahlst. München.

Sonnabend, den 14. November 1903, verschied plötzlich und unerwartet unser altes treues Mitglied Bruno Schuster aus Leisnig an Lungenschlag. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlst. Dresden.

Am 16. November starb nach kurzem aber schwerem Leiden das Mitglied Otto Wunke aus Schwiebus. Leicht sei ihm die Erde! Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die organisierten Kollegen u. Kolleginnen der Zahlst. Grünberg i. Sachl.

Am 17. November verschied nach langem Leiden das Mitglied Paul Grohert im Alter von 80 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlst. Rawitzsch.

Briefkasten. Vereins-Geräte müssen gestimmt sein. - Andere Gerate sind vorher zu besichtigen. Bei Einreichung der Beiträge ist die Nummer des Blattes mit anzugeben.

Sch., Reinheim 60 Pfg. - H. S., Wiesbaden 40 Pfg. - G. Sch., Roda 50 Pfg. - St., Grabow 50 Pfg. - A., Neudamm 50 Pfg. - Kol., Würzburg 60 Pfg. - Kol., Osterheim 70 Pfg. - Kol., Rheda 50 Pfg. - Kol., Langendreez 50 Pfg.

Der Gesamt-Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Julius Richter, Spremberg (Lausitz) bei, welche zur bevorstehenden Winter-Saison ihre Herrenanzug- u. Paletot-, sowie Damenkleiderstoffe empfiehlt. Muster überall hin gratis und franko.

Das Zentrum!

Unser Hauptfeind ist jetzt das Zentrum. Von dieser Partei droht uns die schlimmste Gefahr, viel schlimmeres, als was die Partei bisher erlebt hat. Bismarck war die Personifikation der brutalen Gewalt. Er fuhr mit allen Teufeln hinein, aber er brauchte einen aktiven Widerstand, um zu siegen. Er konnte brechen, verstand es aber nicht zu biegen — langsam biegen und nicht loslassen, immer mehr, immer weiter. Er mußte rasche Lösungen haben. Das lag auch in der Natur der von ihm angewandten Mittel: entweder sie wirkten sofort oder das Spiel war verloren. Durch das Sozialistengesetz wollte er die Arbeiter zum Aufstand reizen: dann würde er ein Blutbad errichten, um die Arbeiter einzuschüchtern, die Bourgeoisie zu erschrecken. Mit dem Moment, wo das Proletariat sich zurückzog, um sich zu sammeln, war das Schicksal des Sozialistengesetzes besiegelt. Zerhacken, zerstören, reinen Tisch machen, das war die Taktik des „Eisernen“. Er arbeitete mit Feuer und Schwert, zur edlen Kunst des Würgens fehlte ihm die Geduld. Der Ultramontanismus ist leidenschaftslos, kühl, berechnend. Der Ultramontanismus hat Methode. Er geht gelassen zu Werke, kann warten, kann auch zurücktreten, er läßt sich nicht reizen, kennt aber auch kein Erbarmen für seine Gegner. Ihm sind alle Mittel gut: rohe Gewalt, List, Betrug und Verjodung. Der Ultramontanismus ist heimtückisch, er provoziert nicht, sucht vielmehr zu beschwichtigen, um den Gegner zu überfallen, wenn er am wenigsten daran denkt. Der Ultramontanismus legt sich wie eine tote Schlinge um die Nation.

Das Zentrum ist die reaktionärste Partei Deutschlands. Die politischen Freiheiten sind ihm ebenso verhaßt wie den Konservativen, und in religiösen und kulturellen Fragen geht es als ultramontane Partei weit über jene hinaus. Das bisherige Opposition, die es in früheren Zeiten gegen Militär- und Steuervorlagen machte, geschah nicht aus Ueberzeugung, sondern um der Regierung Ungelegenheiten zu bereiten. Solange es einen Krieg gegen die Polizei zu führen hatte, mußte es selbstverständlich dafür sorgen, daß ihm nicht seine letzten politischen Rechte genommen werden, damals mußte es sich auch einen Stützpunkt in den Massen suchen, — das war die scheinbare Demokratie des Zentrums. Doch selbst zu jenen Zeiten war es weit entfernt vom politischen Liberalismus und stand vielmehr auf dem Boden des Polizeistaats, der die Massen in Zucht und Ordnung, in Gehet und Arbeit zu halten habe. Seitdem das Zentrum Regierungspartei geworden, hat es die Polizei für sich, — in den Freiheiten erblickt es deshalb nur noch Zuchtlosigkeit. Die liberale Bourgeoisie nimmt mit dem Auftreten der Sozialdemokratie eine politische Zwitterstellung ein: ihr Masseninteresse treibt sie zur Stärkung der Regierungsgewalt, ihre politischen Traditionen und ihre kulturelle Entwicklung nötigen sie, für politische Freiheit und Parlamentarismus einzutreten. Ihre Politik ist deshalb unentschieden, feig und treulos. Die ultramontane Bourgeoisie braucht keine solche Rücksichten zu nehmen: sie ist von Haus aus reaktionär, mußte nur, solange der Ultramontanismus von der Regierung in Acht und Bann getan wurde, ihren reaktionären Charakter maskieren und trägt ihn jetzt ostentativ zur Schau. Die ultramontane Bourgeoisie kennt keine Skrupel. Was dem Liberalismus die Absage an seine politische Vergangenheit, erscheint dem Zentrum vielmehr Erfüllung seiner politischen Mission. Das Zentrum setzt uns nicht nur ökonomische Interessen, sondern eine Weltanschauung entgegen. Es will das kapitalistische Privateigentum sichern und zugleich alle kulturellen Errungenschaften der kapitalistischen Industrie beseitigen. Es will die Herrschaft der Kirche auf kapitalistischer Grundlage und zugleich die Herrschaft des Kapitals durch die Kirche stützen. Es will nicht nur die Ausbeutung des Proletariats verewigen, sondern das Proletariat auch noch geistig befangen halten. Der Arbeiter soll das Werkzeug der Fabrikanten und der Sklave der Pfaffen sein. Von der gesamten geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrhunderte übernimmt es nur die Maschine, die den Arbeiter knechtet, — Wissenschaft, Kunst, Literatur verwerft es. Die Arbeiter in barbarischer Unkenntnis der Welt, ein blinder Anhängsel der Maschine, bedürfnislos und willenlos wie Schafherden, ein Häuflein bigotter Kapitalisten als Regierer der Welt, der Kirche fette Priester — das ist das Ideal. Es ist eine Wahndee, aber dieser Wahndee wird konsequent verfolgt, und die Partei, die ihn sich zum Programm erkoren, gelangt dank der eigentümlichen Verkettung der Geschichte Deutschlands zu maßgebendem Einfluß.

Das Zentrum ist unser Todfeind — wegen seiner Massenstellung, aus Prinzip, aus religiösem Fanatismus. Zu der Ueberzeugung der Andersdenkenden gesellt sich noch die politische Berechnung. Das Zentrum weiß sehr gut, daß man ganz Deutschland nicht katholisch machen kann, daß also der Ultramontanismus als allgemeines Programm versagen muß. Um also seine Herrschaft zu stützen, braucht es ein andres einigendes Moment, und als solches soll ihm der Kampf gegen die Sozialdemokratie herhalten. Das Zentrum besitzt die zur Führung in diesem Kampfe nötigen Eigenschaften: Rücksichtslosigkeit und den Glauben an das, was es tut. Das Zentrum besitzt nicht die Zweifel der von der Kultur angekränkelten Parteien, es prangt mit seinem reaktionären Wesen, wie der Papian mit seiner Hinterseite, weil ihm die Scham für seinen Zustand abgeht und dieser vielmehr des Lebens Geist und Bierde erscheint. Gelingt dem Zentrum die „reaktionäre Sammlung“ gegen die Sozialdemokratie, so herrscht es durch die Ohnmacht seiner Verbündeten. Diese sind dann bis auf die Knochen bloßgestellt und der Verachtung der Welt und ihrer selbst preisgegeben. Sie müssen dann dem Zentrum folgen, um sich halten zu können.

Das Zentrum hat mit einer erstaunlichen Geschicklichkeit den Uebergang von Oppositionspartei zur Regierungspartei vollzogen. Eine vollständige Frontänderung vor aller Augen, unter unaufhörlichen Angriffen der Gegner, bei vollständiger Instandhaltung der eignen Wähler, wenigstens nach außen hin. Das Zentrum führt anderthalb Millionen

Wähler, die ein Menschenalter gegen die Regierung waren, jetzt für die Regierung ins Treffen, das war der Sinn der schwarzen Parade des Katholikentages. Dennoch weiß das Zentrum, daß es bei seiner reaktionären Regierungspolitik nicht auf die Dauer im Kontakt mit den Massen bleiben kann. Eine Opposition regt sich in den katholischen Arbeiterkreisen, die katholischen Unternehmer ihrerseits halten die Maske der christlichen Brüderlichkeit nicht mehr für nötig, und mit der Verschärfung des Klassenkampfes müssen ihnen wie drüben Proletariat und Katholik zusammengehen. Die Arbeitermassen werden dem Zentrum unbequem. Der Scheidungsprozeß geht umgekehrt vor sich: nicht die Massen verlassen das Zentrum, sondern das Zentrum kehrt sich von den Massen ab. Es braucht sie ja nur noch als Wähler, nicht mehr als politisches Gegengewicht der Regierung. Es kann sie aber, als Wähler entbehren, wenn ihnen das Wahlrecht illusorisch gemacht wird. Das Zentrum braucht das allgemeine Wahlrecht nicht mehr, wenigstens in seiner jetzigen demokratischen Form. Aber um gegen das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen, braucht das Zentrum Deckung, und diese Deckung findet es in dem Kampfe gegen den Umsturz, also gegen die Sozialdemokratie. Die katholischen Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan, dem Zentrum die Herrschaft über die Regierung und die Parteien verschafft, — das Zentrum wird sich jetzt ein Wahlrecht schaffen, bei dem es die katholischen Arbeiter nicht mehr braucht.

Das ist das Zentrum. Es bleibt in seinem Grundcharakter gleich vom Rhein bis an die Donau. Gewisse Unterschiede, die sich aus den besondern Landesverhältnissen erklären, ändern nichts daran. Und die Frontänderung der Partei wird sie sogar politisch konsolidieren. So ist der kaiserliche Partikularismus des Zentrums arg verwachsen mit seiner Oppositionsstellung. Solange es die politische Zentralgewalt des Reichs gegen sich hatte, mußte es alle Positionen besetzen, von denen aus diese Zentralgewalt zu bekämpfen war, — hat es die Zentralgewalt für sich, so liegt es in seinem Interesse, sie zu stärken. Das Zentrum wird sich als der einzige Beschützer und Beschirmer des Reichs aufstellen, wie es sich jetzt als der Ritter St. Georg gebärdet, der berufen ist, den Drachen des Sozialismus zu töten.

Christliche und katholische Gewerkschaften.

Im Juni vorigen Jahres fand in Trier eine Versammlung von 120 katholischen Geistlichen unter Beteiligung des Bischofs von Trier, Dr. Korum, statt, die ein Rundschreiben an den katholischen Klerus erließ zur Gründung spezifisch katholischer Gewerkschaften. Es handelte sich um eine Gründung zur Verdrängung der sogenannten christlichen Gewerkschaften, worin Katholiken und Protestanten aufgenommen werden können und worin die katholische Geistlichkeit nicht in dem von ihr gewünschten Maß gebietet. Die Agitation ist jetzt damals von Berlin eifrig gefördert worden. An der Leitung sind Kaplan Journelle, Dr. Fleischer und Dr. v. Savigny. Außerdem hat sich die Bewegung noch in Oberösterreich bemerkbar gemacht. Die Berliner Herren haben in den letzten Tagen einen Einfall in die südliche Rheinprovinz unternommen und in St. Johann und Koblenz mehrtägige „soziale Kurse“ abgehalten, worin sie für ihre Sache wirken wollten. Die Führer der christlichen Gewerkschaften bekamen aber Wind von der Sache; und so reisten von dem Frankfurter „christlich-nationalen Arbeiterkongreß“ fünf Mann nach Koblenz, um sich an dem Kursus zu „beteiligen“. Es kam dort zu heftigen Auseinandersetzungen.

In einer von mehreren Hundert Personen besuchten Versammlung in Köln nahmen nun die dortigen christlichen Gewerkschaften Stellung gegen die katholischen Gewerkschaften. Der Hauptvorsitzende des christlichen Holzarbeiterverbandes, Kurlsch, führte u. a. aus: Dr. Fleischer habe in Koblenz ausgeführt: Die Lohnfrage sei eine Rechtsfrage, und es sei nicht erlaubt, den Lohn durch Streik zu beeinflussen; es sei ein Schiedsgericht zur Regelung der Lohnfrage mit rechtsverbindlicher Kraft einzusetzen, das zu entscheiden habe, ob ein Lohn gerecht sei oder nicht. Man habe darauf Herrn Fleischer gefragt: Wenn eine Aktiengesellschaft 60 Prozent Gewinn mache, ob dann ein Lohn von 3,50, 5 oder 6 Mk. „gerecht“ sei. Auf diese kitzlige Frage sei der Herr die Antwort schuldig geblieben, und schließlich habe man den christlichen Führern (die übrigens stromme Katholiken sind) das Wort abgeschnitten. Herr Kurlsch beschuldigte seine katholischen Brüder von der andern Richtung: sie trieben Unfug mit der päpstlichen Enchiridion von 1890 und mit dem Zulauer Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe; sie mißbrauchten die Religion, um die Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften fern zu halten. Warum geht man nicht zu dem Kohlenhändler, den Unternehmerverbänden und Truisten, um auch diese konfessionell in katholische und protestantische Unternehmer zu trennen; warum komme man nur zu den Arbeitern? So dümm seien die Arbeiter nicht mehr, daß sie sich sagen ließen: was für die Unternehmer recht sei, sei für die Arbeiter unrecht. Die Berliner Befürworter der katholischen Gewerkschaften wollten den christlichen Gewerkschaften einen Strich drehen; ihre Bestrebungen seien geeignet, die so schön wachsende (?) christliche Gewerkschaftsbewegung zu zerstören, mindestens zu hemmen. Professor Hige habe es als ein Verbrechen bezeichnet, wenn man es versuche, die christlichen Arbeiter zu zersplittern. Der Redner führte weiter aus: Er vermisse in dem Statut der katholischen Gewerkschaften das wichtigste Moment: daß die Arbeiter berechtigt seien, nötigenfalls bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Arbeitsniederlegung zu erringen. Die Berliner Herren wollten nur einen „vermittelnden Einfluß“. Bei dem von dem Redner mitgeleiteten Streik der christlichen Sägewerkschafter, die bei 16tündiger Arbeitszeit einen färglichen Lohn hatten, habe der Ortsgeistliche, der Gewerbeinspektor, der Bürgermeister und das Bezirksamt vermittelt. Der Unternehmer habe aber gesagt: Ehe er nachgibt, schicke er sich lieber eine Angel in den Kopf! Wo bleibe da der „vermittelnde Einfluß“? Mit dem vermittelnden Einfluß

werde nichts erreicht, wenn die Arbeiter nicht in der Lage seien, eventuell die widerstrebenden Unternehmer durch das Machtmittel des Streiks zu zwingen, sich dem Recht zu beugen.

In der Diskussion sprach sich u. a. der Zentrumsabgeordnete Trimborn gegen die katholischen Gewerkschaften aus. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Herrn Kurlsch an.

Wie man sieht, sind die christlichen Gewerkschaften, die stets auf den „Klassenkampf“ der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ geflücht haben, durch die harte Wirklichkeit selber dahin gebracht worden, den Klassenkampf gegenüber den Führern der katholischen Gewerkschaften zu predigen.

Parlamentarismus und Generalstreik.

Im letzten Heft der Neuen Zeit erörtert Rudolf Hilferding die Frage des Generalstreiks in einem groß angelegten Artikel, den die Redaktion der Neuen Zeit zur Diskussion stellt, weil diese Frage bekanntlich den nächsten internationalen sozialistischen Kongreß beschäftigen wird.

Der Verfasser geht von der Kardinalfrage aus, die unsere politische Situation in Deutschland schon seit Jahren beherrscht und die jeden Tag brennender wird: Welche Machtmittel hat das Proletariat einem Rechtsbruch der herrschenden Gesellschaft entgegenzustellen?

Auf diese Frage erhält man zunächst wohl die Antwort: Die Macht des Proletariats besteht in seiner Organisation. Aber Organisation ist nicht selbst Macht; sie kann nur Zusammenfassung von Macht sein, wenn auch in dieser Zusammenfassung die vorher latente Macht erst zu einem offensichtlich, nach außen wirkenden Faktor wird. Die Organisation des Proletariats ist nur deshalb Machtorganisation, weil jeder Proletarier als Proletarier Macht unmittelbar besitzt; die auf seiner Stellung im Produktionsprozeß beruht. Als Arbeiter ist er die notwendige Bedingung des Ablaufs des Lebensprozesses der Gesellschaft. Die Arbeitsverweigerung des Proletariats setzt den Produktionsprozeß still, wie etwa die Weigerung der Besitzer der Produktionsmittel, diese funktionieren zu lassen — eine allgemeine Aussperrung —, die Produktion stilllegen müßte. Auf dieser Notwendigkeit des Proletariats für die ganze Gesellschaft beruht seine Macht und der Einfluß, den seine verschiedenen Organisationen ausüben. Ist dieser offensichtlich für die gewerkschaftlichen Aktionen, so gilt dies nicht minder für die Geltung, die es sich in politischer Beziehung erzwungen hat. Tritt nun diese Macht in den gewerkschaftlichen Kämpfen unmittelbar in Erscheinung als mehrfache Größe und ist der Erfolg des Kampfes hier zunächst unmittelbar abhängig von dieser Größe, so gilt dasselbe nicht von der politischen Aktion. Im Gegenteil. Es ist das Charakteristikum der bürgerlichen Gesellschaft, daß hier wirtschaftliche und politische Macht nicht unmittelbar zusammenfallen, wenn auch in letzter Instanz die politische Macht nur aus der wirtschaftlichen sich herleitet. Im modernen Staate hat sich die politische Macht, die organisierte Zwangsgewalt, über die die Gesellschaft verfügt, gegen ihre Unterlage, die wirtschaftliche Macht, verfestigt und eine unabhängige Existenz gewonnen.

Die Bourgeoisie besitzt nur insoweit politische Macht, als sie Verfügungsgewalt über die staatliche Organisation vermag ihres wirtschaftlichen Einflusses zu gewinnen vermag. Aber die Benutzung der Staatsgewalt wird der Bourgeoisie nur ermöglicht durch die organisierte Aktion der Klasse. Denn der einzelne Bourgeois hat im Gegensatz zum Feudalherrn mit seinen Hinterlassen und Gefolgsleuten keine politische Macht, keine Zwangsgewalt. Wie die Bourgeoisie die Arbeit überhaupt von sich abwälzt, so auch die Arbeit der Verteidigung ihrer Macht. Diese fällt einer selbständigen, von ihr als Klasse nur mittelbar und von den einzelnen Klassenangehörigen gar nicht abhängigen Organisation zu. Mit der physischen Gewalt des einzelnen Bourgeois wäre man ja rasch fertig. Oekonomische und physisch-politische Macht sind getrennt; die politische Macht hat sich verfestigt. Die einzelnen erscheinen jetzt von ihr abhängig und jeder einzelne in gleicher Weise.

Das Prinzip der Rechtsgleichheit, eine Unmöglichkeit im Feudalismus, ist der logische Ausdruck dieser Entwicklung.

Der einzelne, mag er auch „reich“ sein, ist politisch ohnmächtig. Erst der Reichtum der Klasse, der Monopolbesitz der Produktionsmittel und damit die Beherrschung der Produktion, solange es noch kein organisiertes, die Fortführung der Produktion eventuell verweigerndes Proletariat gibt, also die organisierte wirtschaftliche Macht und die Bekundung des Willens, diese zur Aushungerung der politischen Macht zu benutzen, gibt der Bourgeoisie die Verfügung über die staatliche Organisation. Die Aktion der Bourgeoisie muß so im vorhinein Aktion der Klasse, nicht des einzelnen sein wie im Feudalismus, und ihr Herrschaftsinstrument muß ein solches sein, welches diesen von den Einzelwillen unterschiedenen Klassenwillen zum Ausdruck bringt. Es muß also ein Vertretungssystem der Bourgeoisie geschaffen werden, und durch diese Vertreter übt die Bourgeoisie die Herrschaft über die staatliche Organisation aus und benutzt die politische Herrschaft wieder dazu, ihre wirtschaftliche Macht zu befestigen und zu verewigen.

Der Verfasser untersucht weiter, in welcher Weise sich im bürgerlichen Parlament — im Gegensatz zum ständischen Vertretungssystem, das eine bloße Summierung rein quantitativer, daher unmittelbar kommensurabler Machtmittel (Grundbesitz) darstellt — die wirtschaftliche Macht der Klassen und Gruppen der Gesellschaft in parlamentarische Macht umsetzt, und kommt zu dem Schluß:

Das Parlament erfüllt zwei Aufgaben. Es macht zunächst die wirtschaftliche Macht der einzelnen Bourgeois kommensurabel, miteinander unmittelbar vergleichbar, indem bei der Wahl der Vertretung der größeren wirtschaftlichen Macht auch die größere Stimmenzahl zufällt. Es bringt zweitens diese Macht einheitlich als organisierte Macht der Klasse zum Ausdruck und bildet das Instrument, durch das die Bourgeoisie ihre wirtschaftliche Macht — parlamentarisch als Budgetbewilligung sich ausdrückend — unmittelbar verwandelt in politische Macht. Aber es hebt natürlich die eigentümliche, nur der modernen Entwicklung entsprungene Trennung der politischen und wirtschaftlichen Gewalt nicht auf.

Diese Trennung aber ist es, welche es möglich macht, das Wesen des Parlamentarismus selbst zu ändern, aus dem bürgerlichen Parlamentarismus, dem Instrument der Beherrschung des Staates durch die Bourgeoisie, ein Instrument zu machen der Diktatur des Proletariats.

Dem Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus aber entspricht — und hierin hat Lassalle unbedingt recht — das Jeniuswahlrecht. Soll der Parlamentarismus Herrschaftsmittel der Bourgeoisie sein, so muß er von ihr auch beherrscht werden, und diese Herrschaft ist bedroht, wenn andre Klassen auf das Parla-

ment Einfluss erhalten. Daher die stetige Tendenz zur Ausbreitung oder Wiedereinführung des Zensus. . . Das allgemeine Wahlrecht fehlt überall in den Kommunen und Landtagen. Es besteht für den deutschen Reichstag, aber in einer durch die Wahlkreiseinteilung verfälschten Form und hat mächtige Gegner. Der Grund für dies Verhalten ist klar.

Die Befestigung des Zensus bedeutet die Möglichkeit der Befestigung der Bourgeoisie. Das allgemeine Wahlrecht gibt dem Proletariat, das die Lüge von der Interessensharmonie durchschaut hat und seiner Selbstständigkeit bewußt geworden ist, eine stets wachsende Vertretung. Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie reicht nicht mehr aus, um ihr die Majorität auf die Dauer zu sichern; denn die von ihr Abhängigen gehören ihr nicht nur keine Unterstützung, sondern sind ihre schlimmsten Feinde geworden, indem sie gerade diese Abhängigkeit selbst befestigen wollen. Der Einfluss der Bourgeoisie auf die staatliche Macht droht abzunehmen; diese bekommt auf eine gewisse Zeit wieder eine mehr selbständige Stellung: persönliches Regiment. Doch trotz der großen Unterschiede zwischen dem am Beginn und dem am Ende der Bourgeoisie herrschenden tretenden persönlichen Regiment ist es wie jeder Absolutismus nur aus dem Gleichgewicht, das sich verschiedene Klassen gegenseitig halten, entiprunge und das sicherste Anzeichen dafür, daß die Alleinherrschaft der einen Klasse vorüber und ein Uebergang auf die andre Klasse im Anzug ist. So sieht die Bourgeoisie ihren Parlamentarismus durch das allgemeine Wahlrecht entwertet.

Silberding setzt dann dem Niedergang der politischen Macht des Bürgertums dessen erhöhtes Interesse an der Beeinflussung der Staatsgewalt gegenüber, das zur Auslieferung der nationalen Wirtschaft an die Hochfinanz, die Kartelle und Trusts führt und den modernen Imperialismus vorbereitet, und fährt dann fort:

Der allmähliche und friedliche Uebergang, wie er sich durch die Eroberung des Parlaments vollziehen könnte, ist aber für das Proletariat von größter Bedeutung. Nur die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wahlrechts verbürgt eine stetige, fortschreitende Entwicklung. . . Es zwingt die jetzt noch Herrschenden durch stetige Konzessionen, die Majorität der Minorität unmöglich zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen. Es werden so Erzugenschaften gemacht, die dann, wenn die Majorität sich einer durch das Wahlrecht bewirkten Minorität gegenüber sieht, nie erhalten werden. Es sind aber gerade diese Erfolge, welche der damit angeblich zu bekämpfenden Partei, wenn diese sich nur ihr Prinzip ganz und voll zu wahren versteht, zugute kommen müssen, indem sie den Kampfesmut ihrer Anhänger stärken, ihre Macht und ihren Einfluss erhöhen. Ferner ist der Parlamentarismus dadurch, daß er seiner Natur nach dazu zwingt, alle Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung zu begründen, für jedes einzelne Detail alle Gründe für und wider anzuführen, die eigenen Argumente beständig mit denen der Gegner zu messen, das beste und wichtigste politische Erziehungsmittel des Volkes und bietet dadurch ein unübertroffenes Mittel, das Volk politisch denken und fähig zu machen zu seiner eigenen Herrschaft. Er bietet aber auch die beste Möglichkeit zu Angriff und Abwehr, zur Konzentrierung der gesamten Kraft der Klasse auf einen entscheidenden Punkt. Deswegen ist es für das Proletariat eine Lebensfrage, die Möglichkeit der Erringung der parlamentarischen Herrschaft sich stets zu bewahren. Das allgemeine gleiche Wahlrecht muß unerschütterlich gesichert sein gegen jeden Angriff, seine Eroberung ist wichtigstes Ziel und Vorbedingung des weiteren Fortschritts. Nur auf dem Boden des Parlaments ist es stets möglich, die wirtschaftliche Macht des Proletariats in politischen Einfluss umzusetzen.

Die ganze parlamentarische Taktik der Arbeiterschaft muß aber mit Notwendigkeit in eine Sackgasse führen, wenn sie gerade dann, wenn sie entscheidende Schritte auszuführen hat, plötzlich angstvoll sehen muß, wie der Boden unter ihren Füßen zu wanken beginnt und gesunken muß, daß die Grundlage selbst, auf die sie sich gestellt hat, ihr entzogen werden kann. Das Wahlrecht wird zu einer unbrauchbaren Waffe, wenn man stetig beschränkt muß, daß es bei wirklich entscheidenden Gelegenheiten sofort genommen würde. Diese Grundlage unserer ganzen Position muß geschützt werden, und geschützt werden kann sie nur, wenn der wirtschaftlichen Macht der Bourgeoisie und der von ihr beeinflussten Staatsgewalt die organisierte wirtschaftliche Macht des Proletariats entgegengestellt wird, deren Einfluss sich die Staatsgewalt, da sie ja an sich keine selbständige Quelle der Existenz hat, nicht entziehen kann.

Die wirtschaftliche Macht des Proletariats ist aber begründet in seiner Unentbehrlichkeit für die Produktion, und sie erscheint allein in der Möglichkeit der Stillsetzung dieser Produktion. Denn Stillsetzung der Produktion ist das einzige entscheidende Zwangsmittel, das dem Proletariat gegenüber der Zwangsgewalt des Staates zu Gebote steht, seitdem der unmittelbare Kampf auf den Barrikaden zur Unmöglichkeit geworden ist. Die Stillsetzung der Produktion zeigt die Unentbehrlichkeit des Proletariats in der heutigen Gesellschaft, deren ganzer Lebensprozess nur von seiner Arbeit abhängt. Es ist aber diese Unentbehrlichkeit des Proletariats, welche seine unwiderstehliche Macht, die Notwendigkeit seines schließlichen Sieges begründet. Sie muß eingefestigt werden, wenn es gilt, die Grundlage, auf dem das moderne Proletariat steht, gegen alle Erschütterung zu bewahren. Soll die parlamentarische Taktik, welche uns bisher von Erfolg zu Erfolg geführt hat, nicht plötzlich einmal von unsern Gegnern uns unmöglich gemacht werden, so muß das Proletariat bereit sein, das allgemeine Wahlrecht mit dem letzten Mittel zu verteidigen, das ihm zu Gebote steht. Sinter dem allgemeinen Wahlrecht muß stehen der Wille zum Generalstreik.

Der Generalstreik muß so die regulative Idee der sozialdemokratischen Taktik werden. Regulativ im dem Sinne, daß jeder Proletarier sich dessen bewußt wird, daß alle seine Erzugenschaften, alle seine Positionen, alle seine Bestrebungen nur geschützt und durchgeführt werden, wenn er bereit ist, im Ernstfalle sie mit seinen Klassenossen in der einzigen Weise zu verteidigen, die ihm zu Gebote steht, mit seiner Macht über den Lebensprozess der ganzen Gesellschaft.

Regulativ ferner in dem Sinne, daß der Generalstreik nicht gedacht ist als ein selbständiges, für den gewöhnlichen Kampf bestimmtes Angriffs- oder Abwehrmittel. Nein! Er soll nicht an Stelle einer andern Taktik treten, als die ist, welche bisher befolgt wurde. Er soll nur diese Taktik, sobald sie durch ihre eigenen Erfolge in Frage gestellt wird, wieder möglich machen. Er soll nicht den Parlamentarismus und die übrigen Aktionen ersetzen, sondern vielmehr die politische Aktionsfreiheit des Proletariats vor einer Einschränkung schützen. Und er ist regulative Idee schließlich in dem Sinne, daß er womöglich bloße Idee bleiben soll, das heißt im Bewußtsein und Willen des Proletariats mit solcher Lebendigkeit und Energie enthalten sei, daß jeder, der einen Angriff auf die Grundlage unserer politischen Tätigkeit im Sinne führt, erschreckt zurückweicht, wenn er sieht, welche Konsequenzen sein Tun für ihn heraufbeschwören würde.

Der Artikel formuliert zum Schluß seine Ausführungen dahin: Der Generalstreik muß möglich sein, soll anders der Sozialismus selbst, der Sieg des Proletariats möglich sein. Denn der Generalstreik ist das einzige unmittelbar zwingende Machtmittel des Proletariats. Was die Barrikaden und die Steuerverweigerung für das Bürgertum waren, das ist der Generalstreik für die Arbeiterschaft.

Gewerkschaftliches.

Bremen. Die Sperre über die Fabrik Wagner, auf der Aue 13, wird hiermit für aufgehoben erklärt, da die Forderung der Arbeiter bewilligt wurde.

Bischofswerda. Bei der Firma E. Lange sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Franfurt a. M. Der Zugang für Zigarettenarbeiter ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Voh u. Ko. (Zuhaber David) Differenzen bestehen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Hannover. Achtung, Zigarettenarbeiter! Der Zugang nach hier ist fern zu halten. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich Zigarettenarbeiter befinden, wollen dieselben aufmerksam machen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Höbau. Bei der Firma Karl Latsch ist ein Ausstand ausgebrochen. Maßregelung und Lohnabzug ist die Ursache. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Neustadt (Oberschlesien). Zugang ist nach Neustadt (Oberschlesien) streng fernzuhalten, da bei der Firma Kunze, Inhaber Paul Reimann, die Arbeiter in den Ausstand getreten sind. Näherer Bericht folgt. Der Bevollmächtigte.

Derlinghausen. Bei den Firmen Neuter und Büßer bestehen Lohnunterschiede.

Derlinhausen. Wegen Lohnunterschieden ist die Sperre bis auf weiteres verhängt. Das Umschauen in den Fabriken ist strengstens untersagt.

Rehna i. M. Der Zugang nach hier ist wegen Lohnunterschieden bei Alms fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Der fünfte belgische Gewerkschaftskongress wird am 25. und 26. Dezember in Maison du Peuple in Brüssel abgehalten. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: Das Korrespondenzblatt; der internationale Kongress von Amsterdam; das Lohnminimum; die Rechte und Pflichten der Genossenschafts-Angestellten; die Arbeitslosigkeit und die kommunale Unterstützung; die Ausbeutung der Gewerbebetriebe auf alle Lohnarbeiter und alle Angestellte.

Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien. Die Union Obrera, das Publikationsorgan der spanischen Gewerkschaften, gibt eine Uebersicht über die Entwicklung der Gewerkschaften im letzten Jahre. Die Union General de Trabajadores hatte im Oktober 1902 251 Sektionen mit 40 087 Mitgliedern, im Januar dieses Jahres 282 Sektionen mit 46 896 Mitgliedern, im September 331 Sektionen mit 46 574 Mitgliedern. Der kleine Mitgliederverlust erklärt sich durch die arge Krisis und Arbeitslosigkeit. Vom Januar bis Oktober haben die Sektionen 27 Streiks geführt, von denen 8 gewonnen, 9 verloren wurden, 7 endigten mit einem Ausgleich, 3 waren noch nicht entschieden. Der Aufschwung der Gewerkschaften in den letzten drei Jahren ist außerordentlich. Im März 1900 hatte die Union erst 69 Sektionen mit 14 737 Mitgliedern. Demnächst wird die 6000 Mann umfassende Gewerkschaft der Seeleute und Marinearbeiter der Union beitreten.

Tabak überall.

Zur Lage der Zigarrenindustrie in Bünde wird der Weser-Zeitung geschrieben: Bünde kann mit Recht als der Zentralpunkt der westfälischen Zigarrenindustrie bezeichnet werden, wenn gleich sich ein Teil seiner Betriebe im Wesergebiet entwickelt hat. Die Bedeutung dieser Industrie erhellt am besten aus den Zahlen, mit denen das Bunder Steueramt 2 abschließt. Die Jahreseinnahme beträgt an Zoll 2 1/2 Mill. Mark Auslandszoll. Rechnen wir hierzu die weiteren Verzollungen auf den Filialen der Nachbarreise, so ergibt dies einen Gesamtzoll für ausländische Tabake von 4 Mill. Mark, eine Summe, die dem zwölften Teil der Einnahme des ganzen Deutschen Reiches aus dem Tabakzoll gleichkommt. Eine gewaltige Arbeitsleistung ist es, aus dem so kostbaren Material ungefähr 700 Mill. Zigarren herzustellen und kaufmännisch zu vertreiben. Doppelt schwer ist dies in einer Zeit wirtschaftlichen Stillstandes, wie sie die letzten Jahre zeitigte. Daß infolge der Nähe des Weihnachtsfestes der Verbrauch in besseren Marken sich steigert, wiederholt sich jährlich. Diese Belebung des Absatzgebietes ist jedoch zu vorübergehender Natur, um an der Gesamtanlage der Industrie erhebliches zu ändern und Schlüsse für eine fortschreitende Gesundung zuzulassen. Die Läger sind gefüllt mit Rohmaterial und die Fabrikräume überfüllt mit versandfertiger Ware, so daß alle Betriebe in der Lage sein dürften, allen Anforderungen des Verbandes zu genügen. Das Angebot in überseeischen Rohstoffen feinsten Marken übersteigt ganz erheblich die notwendigen Konsummengen, so daß der Markt vor der neuen Ernte schwerlich geräumt werden wird. Besonders anzuerkennen ist, daß bei dieser Sachlage nicht ganz erhebliche Betriebs-einschränkungen stattgefunden haben. Die Unternehmer suchen ihre Ehre darin, die von ihnen früher beschäftigten Arbeiter weiter zu beschäftigen. Neue Steuerpläne würden in der ohnehin schwierigen Zeit zu einer Krisis führen, deren Kosten in erster Linie von der Arbeiterschaft getragen werden würden. Hoffentlich bleibt derselben diese unangenehme Ueberraschung erspart.

Die Soll-Einnahme aus der Tabaksteuer in Deutschland

für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1903 beträgt 4 932 339 Mk., an Konifikationen wurden 38 707 Mk. gezahlt, so daß eine Einnahme von 4 893 632 Mk. gegen 5 381 119 Mk. im Vorjahre bleibt. Als Ist-Einnahme gelanget nach Abzug der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten an die Reichskasse 4 577 340 Mk. gegen 4 967 302 Mk. im Vorjahre.

Altersfreuden mehrerer Zigarrenmacher.

Das sächsische Ministerium des Innern hat den langjährig in der Zigarrenfabrik von Lutterbeck u. Fiedler in Leipzig-Neustadt beschäftigten Personen, nämlich den Zigarrenmachern Johann Friedrich Hermann Winkler in Stötteritz, Gustav Paul Beyde in Leipzig, dem Zigarrenfortierer Ernst Wilhelm Jschernig in L.-Anger-Crottendorf, dem Zigarrenmacher Ed. Zwanzig in Delitzsch und dem Markthelfer Joh. Gottfr. Sach in L.-Neustadt das tragbare Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit verliehen. Weiter ist von der königlichen Kreisshauptmannschaft Leipzig den bei der gleichen Firma langjährig beschäftigten Zigarrenmachern Friedrich Gustav Alexander Schumann in Leipzig-Volkmarzdorf, Julius Hermann

Schmidt in Stötteritz und Friedrich August Kaueroff in Stötteritz je eine Belobigungsurkunde ausgestellt worden.

Der Tabak soll immer mehr bluten!

Aus Amsterdam wird der Süddeutschen Tabak-Zeitung geschrieben: In der diesjährigen Denkschrift über indische Angelegenheiten erklärt sich die holländische Regierung bereit, den in dem kolonialen Kammerauschuß gemachten Vorschlag, Java- und Sumatrabake mit Ausfuhrzöllen zu belasten, in Erwägung zu ziehen.

„Das Ausland bezahlt ja doch den Zoll,“ so lehren die Wirtschaftstheoretiker, allerdings weiß man nicht mehr recht, wer eigentlich auf der zahlenden Seite sitzt, nachdem sich die ganze Welt immer mehr mit Schutzzöllen abschließt. Zimmerlin ist der Verlauf dieses neuen Anpassungsversuches auch vom deutschen Standpunkt von Interesse, da die Gefahr eines Rückganges der Tabakproduktion in den holländischen Kolonien als Folgeerscheinung nahe liegt. Bereits jetzt verkehren etliche der jüngeren Tabakbaugesellschaften auf Sumatra im Stadium der Verblutung. Das Börsekapital ist mit Zug und Recht nach der eingeführten Geheimhaltung der Parieerlöse auf Tabak recht schlecht zu sprechen, wenn nun noch die Möglichkeit obendrein auftaucht, bei unlohnenden Preischancen einen Ausfuhrzoll vorzuschicken, wird der Zugang neuer Geldmittel einfach unterbunden. Auch auf Java bringen die jetzigen Erlöse trotz der niedrigen Gesetzbildungspreise vielfach Verlust. Das Mäkel, daß dennoch in den letzten Jahren große Ernten kamen, findet darin seine Erklärung, daß Tabak sich in noch nicht Jahresfrist wieder bezahlt macht und, wenn gut geraten, die Chance einer hohen Entlohnung in sich birgt. Andere einjährige Kulturen, wie Zucker, hängen von einem gleichmäßigen Weltpreise ab. Für den Pflanzer bedeutet der Qualitätsunterschied nichts, andere Kulturen erfordern erst eine jahrelang zinslose Kapitalanlage, um, wie z. B. Kaffee und Chinarinde, wieder Geld einzubringen.

Geschäftskniffe einer Warschauer Zigarrenfabrik.

Bekanntlich erfreuen sich die ausländischen Zigarren, besonders die geschmuggelten, in Rußland einer großen Beliebtheit und werden, ganz gleich ob sie von Deutschland oder Oesterreich herüber geschmuggelt werden, aller Orten mit großem Erfolge verhandelt. Wer kennt nicht die lebenswürdigen Gestalten, die von Haus zu Haus, von Kontor zu Kontor wandern und dort, mit ermutigendem Augenwinkeln, ein Kistchen echter „Importierter“ offerieren, und wer würde sich bedenken, einen so vorteilhaften Gelegenheitskauf zu machen? Gewiß keiner, weil das Erscheinen dieser Verschleißer ausländischer Zigarren bei uns etwas so alltägliches ist, daß es niemandem mehr einfällt, an ihrem ungeschicklichen Gewerbe Anstoß zu nehmen. In großen Städten, wie Warschau, Lodz usw., gibt es Hunderte von Leuten, die ausschließlich von dem Vertrieb solcher Konterbande leben. Mit diesem Faktum rechnet nun auch die in Rede stehende Zigarrenfabrik, die kürzlich eine Sorte Gabbannas herstellen ließ, die in Form und Aussehen den sogenannten „Echten“ täuschend ähnlich waren. Ihren bisherigen Abnehmern, d. h. kleineren Tabakgeschäften, Ladeninhabern, Restaurateuren usw. ließ die Fabrik jedoch nichts von diesem edlen Kraut zukommen, sondern sie übergab den ganzen Posten diesen Gändlern „Importierter“, die ihn sehr rasch an den Mann brachten. Dabei wurde für die Zigarre, die im Einzelverkauf höchstens einen Preis von 4-5 Kopfen pro Stück hätte bringen können, ein Preis von 8-19 Kopfen pro Stück erzielt. Die Fabrik soll durch diese glückliche Idee ein sehr gutes Geschäft gemacht haben.

Zur amerikanischen Wirtschaftskrise.

Der Frankfurter Tagespost schreibt man aus New York: Durch die gesamte großkapitalistische Presse geht das kindliche Bestreben, die Ursache des Niederganges der Geschäfte den „maßlosen Ansprüchen“ der Arbeiter zuzuschreiben, durch welche die Fortsetzung des erfolgreichen Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte verhindert worden sei. Wie lächerlich gering aber der — übrigens nur von einem Bruchteil der Arbeiter errungene — Mehrbetrag ist, den das Kapital an die Arbeit aus dem von derselben herausgepreßten Arbeitsvertrag „abspießen“ mußte, geht aus dem eben erschienenen Bericht des statistischen Bureaus von New-Yersey über die Maschinenindustrie dieses Staates hervor, in dem das statistische Material doch sicherlich auch noch zugunsten des Kapitals frisiert ist. Danach befanden sich im letzten Fiskaljahr (geendet am 30. Juni) in dem Staat 95 Etablissements dieser Industrie, davon 30 Privatfirmen, 65 Gesellschaften gehörend, die hauptsächlich für die Fabrikation von Lokomotiven, Druckpressen, Konserbenbüchsen, Zigarrenmaschinen, Dampfmaschinen aller Art, Gas- und Wassermotoren sowie Nähmaschinen. Die Zahl der Arbeiter betrug von 14 329 bis 16 642 (die Differenz war veranlaßt durch Mangel an Material infolge der starken Nachfrage nach allen Arten Eisen und Stahl sowie eine Anzahl Streiks in mehreren Zweigen der Industrie), und die Gesamtlöhne betragen 574,36 Dollar im vorhergegangenen Jahr, somit ein Mehr an Jahreslohn von 23,16 Dollar, d. i. noch nicht 50 Cents pro Woche.

Hierbei ist aber noch in Betracht zu ziehen, daß zwar die „salarierten“ Beamten nicht eingerechnet sind, aber sehr wahrscheinlich die hochbezahlten Werkführer, die niemals zu jenen gezählt werden. Da die Lohnerhöhungen in fast allen Zweigen dieser Industrie beinahe ausschließlich von den qualifizierten Arbeitern errungen worden sind, und zwar, nebenbei bemerkt, meistens im letzten Jahr der Prosperität, da sie sich vorher mit der vermehrten Arbeitsgelegenheit begnügt hatten, und die Gewerkschaftslöhne zwischen 2.50 bis 3.50 Dollar variieren, so kann man sich auch hier ein ungefähres Bild über die „hohen Löhne“ machen, welche die ungelerten Arbeiter erhalten haben.

Leider ist in dem Bericht nicht angegeben, wie hoch der Anteil an dem Produktionsertrag war, der im letzten und vorhergegangenen Jahr auf das Kapital entfallen ist. Da die Produktion eine stetigere und die Arbeit zweifelsohne eine intensivere war, wie dies stets der Fall zu sein pflegt, wenn die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Erhöhung des Lohnes durchgesetzt haben, so dürfte die Erhöhung des Anteils noch eine bedeutend größere gewesen sein, als diejenige, die der Arbeit zugefallen. Darüber ging man also in diesem Bericht wohlweislich hinweg.